

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 71.

Paderborn, 14. Juni

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

### Uebersicht.

Entwurf der Verfassung des deutschen Reiches.  
Frankfurt (das Rumpfparlament; die Centralgewalt.)  
Berlin (die Ausfuhr von Steinkohlen; Brangel); Stuttgart (Sitzung der Nationalversammlung); Rinteln (der König von Preußen); Halle (Cholera); Das Würtemb. Ministerium an das Würtemb. Volk.  
Schleswig-Holstein (Oberst St. Paul †)  
Frankreich Paris (die römische Frage.)  
Italien Rom (der Lesspess'sche Vertrag.)  
Vermischtes.

### Entwurf

der

(von der preussischen, sächsischen und hannoverschen Regierung projectirten)

### Verfassung des deutschen Reiches.

(Bemerkung: Diejenigen Stellen und Worte, die sich nur in der preussischen Vorlage befinden, sind gesperrt gedruckt; die anderslautenden Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung sind zwischen Klammern gesetzt.)

(Fortsetzung.)

#### Abschnitt V.

#### Das Reichsgericht.

(wesentlich gleichlautend.)

#### Abschnitt VI.

#### Die Grundrechte des deutschen Volks.

§. 128. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie dienen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm und werden ihre Anwendung auf deren besondere Verhältnisse in den Gesetzgebungen dieser Staaten finden; (und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaats soll dieselben je aufheben oder beschränken können.) Art. I. (§. 129 — 130 gleichlautend.) §. 131. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Eigenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungsweig zu betreiben, das Gemeindegewerbe zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und die Wohnberechtigung in den Einzelstaaten (Wohnsitz) werden durch ein allgemeines Heimatsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine allgemeine Gewerbeordnung (für ganz Deutschland) von der Reichsgewalt festgesetzt. (§. 132 — 134 gleichlautend.) Art. II. §. 135. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. (Der Adel als Stand ist aufgehoben.) Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. (Alle Titel, insofern sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen.) Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht Statt. Das Nähere hierüber wird durch das Wehrgesetz bestimmt. Art. III. (§. 135 gleichlautend nur ist in 3. Alinea richterlichen anstatt zuständigen gesetzt.)

§. 137. (Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsgesetz sie vorschreibt oder das Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, so wie) die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft. (§. 138 — 140 gleichlautend.) Art. IV. §. 141. Jeder Deutsche hat das Recht durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Mei-

nung frei zu äußern. Die Censur darf nicht eingeführt werden. Ein Preßgesetz zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Rechte Dritter wird vom Reiche erlassen werden. (Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauslagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Ein Preßgesetz wird vom Reiche erlassen werden.) Ueber Preßvergehen, welche von Amts wegen verfolgt werden durch Schwurgerichte geurtheilt. Art. V. §. 142. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. (Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren.) (§. 143 und 144 gleichlautend.) §. 145. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitze und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. (Bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat.) (§. 146 — 149 gleichlautend.) Art. VI. (§. 150. gleichlautend.) §. 151. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Obergewalt des Staats; er übt sie durch eigene von ihm ernannte Behörden aus. (Und ist abgesehen vom Religionsunterricht der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solchen enthoben.) §. 152 — 154 gleich. §. 155. (Für den Unterricht in Volksschulen und andere Gewerbschulen wird kein Schulgeld bezahlt.) Unbemittelten soll in allen Volksschulen und niedern Gewerbeschulen (auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten) freier Unterricht erteilt werden. §. 156. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will. Art. VII. §. 157. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen als von Corporationen (und von Mehreren im Vereine) ausgeübt werden, beim Heer und der Kriegsmarine jedoch nur in der Weise, wie es die Disciplinar-Vorschriften bestimmen. (§. 158. gleichlautend.) Art. VIII. (§. 159 (Volksversammlung) gleichlautend.) §. 160. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregeln beschränkt werden. Die Ausübung der in diesem Paragraphen und im §. 159 festgestellten Rechte soll zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit durch das Gesetz geregelt werden. (§. 161 gleichlautend.) Art. IX. (§. 162 gleichlautend.) §. 163. Die Bestimmungen über die Veräußerlichkeit und Theilbarkeit des Grundeigenthums, sowohl unter Lebenden als von Todes wegen, bleiben der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen. (Jeder Grundeigentümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln.) Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Eigenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege der Gesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. (§. 165 gleichlautend.) §. 166. Alle auf Grund und Boden haftenden privatrechtlichen Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar: ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen. Es soll fortan kein Grundstück mit einer unlöslichen Abgabe oder Leistung belastet werden. §. 167. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung